

# Vormärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Kabinettsberatung über die Lage.

Der Ministerrat hat sich gestern abend und heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten eingehend mit dem gegenwärtigen Stand der Londoner Konferenz beschäftigt. Die Beratungen drehten sich hauptsächlich um die Frage, ob unter den heute gegebenen Umständen ein für das deutsche Volk tragbares Ergebnis, namentlich hinsichtlich der Frage der militärischen Räumung erzielt werden kann. Im Anschluß an die Sitzung des Ministerrats unterrichtete Vizeminister Dr. Jarres die Parteiführer über den Stand der Londoner Konferenz und die Auffassung der Reichsregierung.

Die Besprechungen mit den Parteiführern dauerten um 2 Uhr mittags noch an. Ueber das Ergebnis der Besprechungen wird ein ausführlicher Bericht ausgegeben werden.

### In Erwartung der Berliner Entscheidung.

London, 15. August. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsche Delegation hat ein für Berlin bestimmtes Memorandum ausgearbeitet, das sich mit der Räumungsformel Herriots befaßt. Man erwartet im Laufe des Vormittags die Antwort aus Berlin.

Die Londoner Morgenpresse vom Freitag zeigt deutlich, daß Macdonalds Politik der Unterstützung des Herriot'schen Vorschlages die Billigung des größten Teiles der öffentlichen Meinung Englands findet, und daß Deutschland im Falle einer Ablehnung keinerlei ernsthafte Unterstützung durch England zu erwarten hätte. Falls Deutschland die Vorschläge ablehnt, so würde es die Verantwortung für das Scheitern der Konferenz und des Dawes-Planes auf sich nehmen müssen. Für den Fall der Annahme der von Herriot geforderten Räumungsfrist würde die Konferenz innerhalb kürzester Zeit geschlossen werden können.

### Herriot's Absichten.

Paris, 15. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach Angaben der Pariser Morgenblätter soll Herriot in der Unterredung, die er am Nachmittag mit Reichsminister Jarres gehabt hat, nochmals mit aller Deutlichkeit unterstrichen haben, daß es in seiner Absicht liegt, die Truppen noch vor Ablauf des Jahres zurückzuführen, sobald die Beweise des guten Willens von deutscher Seite ihm dazu die Möglichkeit geben werden. Nach dem „Quotidien“ soll er ausdrücklich zum Reichsminister gesagt haben: „Es sei an Deutschland, den ersten Schritt zu tun. Der französische Plan sei kein Handelsobjekt und müsse deshalb angenommen werden. Sobald dies geschehen sei, werde er, Herriot, nicht vergessen, daß er die Dauer eines Jahres ausdrücklich als Maximalfrist bezeichnet habe, und er werde durch entsprechende Taten zu beweisen wissen, daß es nicht in seiner Absicht gelegen habe, die deutsche Delegation zu täuschen.“

### Eine weitere Konzession.

Paris, 15. August. (Eigener Drahtbericht.) Außer der Zusage der Räumung der „Glaschenhälften“ bei Köln, Koblenz, Mainz usw. sowie der Zurückziehung der französisch-belgischen Eisenbahnen, hat die deutsche Delegation, nach Mitteilung des „Matin“, bei den Verhandlungen über das modus-vivendi-Abkommen die Zusage erhalten, daß Deutschland als Gegenleistung für eine zeitlich beschränkte Verlängerung des Zollprivilegs für die Elsaß-Lothringische Ausfuhr das Reisbegünstigungsrecht eingeräumt werden würde.

### Zwischen Annahme und Ablehnung.

London, 14. August. (W.B.) Nach einer Reitermeldung verlautet, daß die Konferenz morgen oder Sonnabend geschlossen werden würde, wenn die deutsche Antwort günstig sein sollte. Würde sie aber ungünstig ausfallen, und sollten die Deutschen gegenüber den französischen Vorschlägen ein „unmöglich“ erklären, so würde sich die Konferenz wahrscheinlich sofort auf zwei oder drei Wochen vertagen, um den verschiedenen Delegierten die Möglichkeit zu geben, nach Hause zurückzukehren und sich mit ihren Regierungen ins Benehmen zu setzen. Wenn die Antwort weder eine endgültige Annahme noch eine endgültige Ablehnung sein sollte, sondern den Weg für eine weitere Besprechung der verschiedenen Punkte und Streitfrage offen lassen sollte, so könnte es möglich sein, daß die Konferenz verlängert würde, und daß die Erörterungen fortgesetzt würden. In britischen Kreisen wird betont, daß die britischen Vertreter bisher noch nicht aktiv an den Verhandlungen über die Ruhrfrage teilgenommen haben, obwohl Macdonald zeitweise der Vermittler für den Meinungsaustrausch war.

### „Die Lage äußerst besorgniserregend.“

London, 15. August. (W.B.) Nach „Daily Telegraph“ hat Macdonald gestern von neuem erklärt, er werde nicht einen einzigen britischen Soldaten in der Kölner Zone auch nur einen Tag länger als notwendig belassen und sei der Ansicht, daß das Schicksal der Ruhrhöfen mit dem des Ruhrgebietes selbst auf das engste verknüpft sei. Das Blatt gibt der Meinung Ausdruck, daß Macdonald vielleicht im äußersten Falle einen eigenen Vorschlag unterbreiten werde, der sicherlich als eine bezeichnende moralische Geste angesehen werden würde, doch sei die Lage weiterhin äußerst besorgniserregend. Die Hauptdelegierten seien bis in die frühen Morgenstunden miteinander in Fühlung geblieben.

### Der „Riegel“ der Konferenz.

Paris, 15. August. (W.B.) Nach dem Sonderberichterstatter des „Quotidien“ in London sagte Herriot gestern im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Räumung des Ruhrgebietes

die Räumungsfrage sei sozusagen der Riegel gewesen, an dem die ganze Konferenz hängen bleibe. Gebe der Riegel nach, so werde alles zusammenbrechen, und es werde mit dem Sachverständigenplan zu Ende sein. Gebe er nicht nach, so sei alles gerettet und der Erfolg der Konferenz gesichert.

Der Berichterstatter ist der Meinung, daß die Londoner Konferenz mit einem Abkommen zwischen den Alliierten und den Deutschen abschließen werde und daß dies den ersten Schritt zum Wiederaufbau Europas durch eine Politik der Verständigung und des internationalen Zusammenwirkens darstelle.

### „Die Deutschen und Franzosen sollen sich verständigen.“

London, 15. August. (W.B.) Die Blätter geben die Hoffnung auf eine Regelung der Räumungsfrage nicht auf. „Times“ schreibt, das gesamte Reparationsproblem könne auf eine neue und hoffnungsvollere Grundlage gestellt werden, wenn die Franzosen und Deutschen unter sich die strittige Frage des Zeitpunktes der militärischen Räumung des Ruhrgebietes regeln. Das Scheitern einer Konferenz, die soviel gediegene und fruchtbare Arbeit für die in dem Dawes-Plan enthaltenen Wirtschaftsprobleme geleistet habe, würde einen Zusammenbruch bedeuten, der in keiner unmittelbaren Auswirkung weit zerstörender sein müßte, als wenn die Konferenz niemals zusammengetreten wäre. Das Schlimmste, was Europa geschehen könnte, und zwar jedem Land in Europa, würde ein Fehlschlag nach diesem langen Monat beharrlicher Anstrengungen auf Seiten der hauptsächlichsten europäischen Regierungen sein. Der Sachverständigenplan sei für den Augenblick der einzige Sicherheitsanker; alles hänge von einer Vereinbarung zwischen Frankreich und Deutschland über die militärische Räumung des Ruhrgebietes ab.

„Daily Telegraph“ schreibt, das gesamte Ergebnis der Konferenz hänge jetzt von einer Vereinbarung über die französischen Truppen im Ruhrgebiet ab. Es sei schwer zu glauben, daß man zulassen werde, daß der Unterschied zwischen Mitte Januar und Mitte August des nächsten Jahres eine Fortdauer und eine Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Verwirrung schaffe, die man seit 5 Jahren erduldet habe. Die Schwierigkeiten, denen sich sowohl Herriot als auch Marx gegenübergestellt haben, seien wohl begründet. Herriot und Marx hätten jedoch bisher wirkliches Mut gezeigt, indem sie das Geschrei feindlicher Parteien außer acht ließen. Was sie jetzt tun müßten, sei, nur noch ein wenig weiter Mut zu zeigen, damit dies letzte Hindernis überwunden werde. Frankreich gewinne nicht weniger als Deutschland sehr wesentlich durch die Räumung des Ruhrgebietes, Frankreich nicht weniger als Deutschland werde Vorteile aus dem Wiederaufleben des Vertrauens ziehen, das auf die Annahme des Dawes-Berichtes folgen müsse, der nicht wirken könne, bis der hauptsächlichste Industriebezirk Deutschlands, das Ruhrgebiet, wieder an Deutschland zurücküberstellt sei. Die französische Öffentlichkeit wünsche Sicherheit mehr als Reparationen, aber es müßte ihr klar sein, daß ein Deutschland, das unter normalen Bedingungen arbeite, weniger Kopfschmerzen bereiten würde als ein Deutschland, das sich in einem Zustand der Verwirrung befinde. Großbritannien, Amerika und Italien sowie alle alliierten Delegationen seien an der Regelung des Ruhrproblems interessiert und Frankreich ebenso wie Deutschland würden überall Anerkennung finden, wenn jetzt oder in den nächsten Tagen eine Vereinbarung zustande käme. Die Alternative würde für alle in Betracht kommenden beklagenswert sein.

### Zurückhaltung bei der Militärkontrolle.

#### Eine Forderung Macdonalds.

London, 15. August. (Eigener Drahtbericht.) Macdonald hat am Donnerstag an Herriot ein Schreiben über die Militärkontrolle gerichtet, in dem er die Notwendigkeit der strikten Durchführung der in der letzten Note der Vorkonferenz erhaltenen Forderungen als unerlässliche Voraussetzung für die Räumung der Kölner Zone am 10. Januar 1925 bezeichnet, zugleich aber empfiehlt, den alliierten Militärkontrollkommissionen Instruktionen zu erteilen, bei der Durchführung ihrer Aufgaben mögliche Zurückhaltung an den Tag zu legen.

### Coolidges Wahlprogramm.

#### Aktive Beteiligung am Wiederaufbau Europas.

London, 15. August. (Eig.) Nach einer Washingtoner Meldung hat Präsident Coolidge seine Kandidatur zur abermaligen Präsidentschaft der Republik angenommen und in einer Rede die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten in einem einzigen Wort zusammengefaßt: Friede! Er hat hinzugefügt, sobald der Dawes-Plan in Kraft wäre, werde er eine internationale Konferenz zur Beschränkung der Rüstungen vorschlagen. Er sei Schutzkäufer und werde sich um Aenderung der Zollsätze bemühen. Die Vereinigten Staaten müßten den Ständigen Internationalen Gerichtshof stützen und die amerikanischen Bürger beim Wiederaufbau Europas mithelfen. Durch die Bewilligung von Kredits und Agan mit der Vertretung der Vereinigten Staaten habe er das einzige Mittel ergriffen, das zur Erörterung des Dawes-Planes habe beitragen können. Er meine, der Dawes-Plan müsse als Ganzes angenommen werden und sei der Brillein, ob Europa wirklich die Zusammenarbeit mit Amerika wüßte. Nehme Europa den Dawes-Plan an, dann würden die amerikanischen Bürger die deutsche Anleihe zeichnen, um den Wiederaufbau zu finanzieren. Die beteiligten Regierungen müßten das Nötige tun, um diese Anleihe sicherzustellen. Eine Besserung der Lage in Europa werde dann auch eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Vereinigten Staaten nach sich ziehen, daher sei es Pflicht amerikanischer Bürger, die über die nötigen Mittel verfügten, sich um den Wiederaufbau der Völker zu bemühen, die unter dem Kräfte gelitten hätten.

## Der Sudan.

### Englische Schwierigkeiten in Afrika.

Während die europäischen Interessen Englands augenblicklich im wesentlichen auf die Londoner Konferenz konzentriert sind, hat das englische Kolonialamt alle Hände voll zu tun, um den Siegeszug des britischen Imperialismus durch die wichtigsten Gebiete Afrikas zu sichern und zu vollenden. Die Zeitungsnachrichten der letzten Tage über Unruhen im Sudan und große militärische Anstrengungen Englands zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung sind wahrscheinlich von vielen Lesern nur als Meldungen über irgendwelche vollkommen gleichgültige Regierdistrikte angesehen worden. Das sind sie jedoch nicht.

Der ägyptische Sudan ist das Hauptverbindungsstück des englischen Kolonialreiches in Afrika das vom Suezkanal bis Britisch-Ostafrika einen geschlossenen, teilweise außerordentlich fruchtbaren und zukunftsreichen Gebietskomplex darstellt. Nicht Indien ist Ägypten mit dem Sudan der wichtigste englische Besitz, und es ist nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß in absehbarer Zeit die ägyptischen Besitzungen Englands den ersten wirtschaftlichen Rang unter den britischen Herrschaftsgebieten einnehmen werden.

Der aus dem frühesten Altertum bekannte Reichtum Ägyptens hat die Begehrtheit von Eroberern immer und immer wieder angezogen. 1517 eroberten es schließlich die Türken und machten es zu einer türkischen Provinz. Im letzten Jahrhundert wurde Ägypten von den Türken wieder selbständig gemacht unter einem eigenen König, dem Mehemet, und seitdem galt es als türkischer Tributstaat. Mit der Erwerbung der Äklien des Suezkanals im Jahre 1875 durch die Engländer mußte die Unterwerfung Ägyptens, des wichtigsten Uferlandes dieses für England lebenswichtigen Verbindungsweges nach Indien das nächste Ziel sein. Von diesem Zeitpunkt an häuften sich Jahr um Jahr die Anlässe zu englischer Einmischung in Ägypten. 1878 wurde durch Vereinbarung mit den Westmächten ein Engländer zum Finanzminister ernannt. Die englischen Finanzreformmaßnahmen erregten viel Unzufriedenheit, die zur Forderung der europäischen Finanzkontrolle, zur Beseitigung aller europäischen Beamten und schließlich zu blutigen Ausschreitungen gegen die Fremden in Alexandria im Juni 1882 führten. Die englische Flotte beschloß darauf die Forts von Alexandria. Sie landete Truppen, und seitdem hat Ägypten eine englische Besatzung. England hatte der Türkei versprochen, die Truppen zurückzuziehen, sobald die Ordnung wiederhergestellt sei. Es fand aber, trotz des Drängens der Türkei, durch die Jahrzehnte hindurch immer neue Vorwände zur Verschiebung der Räumung Ägyptens. 1883 erfolgte dann die große blutige Reaktion auf die englisch-ägyptische Verwaltung durch den Aufstand des Mahdi im ägyptischen Sudan. Die Versuche Englands, den Sudan wieder zu unterwerfen, scheiterten in den weglassen weiten Gebieten. Erst im Jahre 1896 beschloß England, nachdem es eine Feldbahn den Nil aufwärts gebaut hatte, die Wiedereroberung des Sudans. Nach vierjährigen fortgesetzten Kämpfen konnte endlich der Besitz des Sudans für Ägypten, d. h. also für England, als gesichert gelten. England hat sich immer behütet, bei den Kämpfen in Ägypten und im Sudan von eigenen Interessen zu sprechen oder die Absichten auf ein Protektorat erkennen zu lassen, und doch hat es nichts anderes bezweckt, als Ägypten nicht nur zu einem Protektorat, sondern zu einer Kolonie etwa vom Range Indiens zu machen. Daß die Engländer entschlossen sind, den Besitz Ägyptens und des Sudans für alle Zeiten festzuhalten, beweisen die ungeheuren Geldauswendungen für die wirtschaftliche Erschließung des ganzen Gebietes.

Ueber die Fruchtbarkeit Ägyptens selbst braucht kein Wort gesagt zu werden. Aber auch der Sudan ist ein Gebiet von unbeschränkter wirtschaftlicher Möglichkeiten, die durch Bewässerungsanlagen allerdings erst erschlossen werden müssen. Gegenwärtig baut England einen riesenhaften Staudamm bei Natuar im Sudan, um die Wassermengen des blauen Nils für die Bewässerung des Landes aufzufangen. Mit einem Kostenaufwand von nahezu einer Milliarde Goldmark soll ein Gebiet von etwa 2 Millionen Morgen für die Baumwollkultur erschlossen werden. Die ägyptische Baumwolle ist bekanntlich von ausgezeichneter Qualität. Auch die obere Ebene des blauen Nils soll durch gigantische Wasserbauten ein Baumwollland werden. Zu diesem Zweck plant die englische Regierung im Gosham-Gebirge, tief in Abyssinien, den Bau eines Staudammes, dessen Kosten zusammen mit den Kosten für anzulegende Bewässerungsanlagen mehr als 500 Millionen Goldmark betragen werden.

Der Sudan, dessen Gebiet etwa sechsmal so groß als Deutschland ist, liefert jetzt schon jährlich rund 100 Millionen Kilo Baumwolle. Mit Hilfe der Bewässerungsanlagen kann die Baumwollproduktion des Sudans soweit gesteigert werden, daß sie die Baumwollproduktion Britisch-Indiens erreicht und England auf diese Weise zum ersten Baumwolllieferanten der Welt wird. Der wirtschaftlichen Zukunft des Sudan allein ist es zuzuschreiben, daß England den Bau der transafrikanischen Eisenbahn unternommen hat und sie von Ägypten über den Sudan führt. Jetzt schon ist diese Eisenbahn etwa 2000 Kilometer weit bis in das Herz des Sudan hinein vorgetrieben. Zur Sicherung dieses neuen Verkehrsweges und gleichzeitig zur Verbilligung des Transports der sudanesischen Ausfuhrgegenstände hat England schon vor dem Kriege am Neen



Meer mit einem Kostenaufwand von 20 Millionen Mark den Hafen Port Sudan gebaut und ihn mit einer Eisenbahnlinie unmittelbar an die transafrikanische Eisenbahn in Verber angeschlossen.

Die endgültige Festsetzung Englands im ägyptischen Sudan, die sich übrigens ja auch durch eine tatsächliche rein englische Verwaltungsherrschaft darstellt, hat der nationalsozialistischen Bewegung in Ägypten reichliche Nahrung verschafft. Der letzte Angriff ägyptischer Eisenbahnbaukolonnen auf englische Truppen, südlich von Kartum, der Hauptstadt des Sudans, ist nur eine Explosionserscheinung der national-ägyptischen Bewegung gewesen. Ägypten befindet sich jetzt gegenüber England in ungefähr dem Grade der Abhängigkeit, wie früher gegenüber der Türkei. Die Freiheitspartei des Landes führt aber einen zähen Kampf um die endgültige Beseitigung jedes englischen Besitzrechtes in ihrem Lande. Der Führer des Zentrums dieser Partei, der gegenwärtige Premierminister Zaghlul Pascha, ist der diplomatische Träger der Forderungen Ägyptens. Er ist von den Extremisten, die das aussichtslose Beginnen der gewaltsamen Entfernungen der Engländer aus Ägypten und aus dem Sudan propagieren, unlängst angegriffen worden, weil er durch seine Zähigkeit Verrat an der heiligen Sache übe.

Zaghlul Pascha hält es für das Wichtigste, zunächst den Sudan wieder mit Ägypten zu vereinigen. Zu diesem Zwecke wird er in den nächsten Tagen nach England zu Verhandlungen mit MacDonald fahren. Die englische Regierung hat aber schon deutlich erklärt, daß sie den Sudan festhalten will; sie habe dort Ordnung geschaffen, und die Bevölkerung ziehe die englische Herrschaft der ägyptischen Regierung vor. Selbst für den ganz unwahrscheinlichen Fall, daß England Zaghlul Paschas Forderungen erfüllt, ist nicht daran zu denken, daß er die zweite Etappe seines Ziels, die völlige Unabhängigkeit Ägyptens, erreicht. Denn Ägypten ist 1. die Flankenbedeckung für den Suez-Kanal, 2. ist es schon fest in den Wirtschaftskreislauf des britischen Imperiums eingefügt, 3. hat England dort Riesenkapitalien, die erst später Gewinn tragen, investiert und 4. macht die Sicherheit der transafrikanischen Eisenbahn die englische Herrschaft in Ägypten und im Sudan erforderlich.

## Preußen und der Brotwucher.

### Landbundesvorstoß gegen die Preußenkoalition.

Herr Karl Hepp, M. d. R., Präsident des Reichslandbundes, kein Deutschnationaler, sondern ein Mitglied der Deutschen Volkspartei, läßt in der „Deutschen Tageszeitung“ Sturm gegen den Widerstand der preussischen Regierung gegen die Agrarzollvorlage. Herr Hepp war es, der mit zwei anderen Mitgliedern der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei im Reichstag den Antrag gestellt hat, die Zollvorlage noch im August im Reichstag zu erledigen. Als Präsident des Reichslandbundes besorgt er die parlamentarischen Geschäfte der agrarischen Interessenten.

Zu diesen Geschäften gehört die Sprengung der bisherigen Regierungscoalition in Preußen, an der die Partei des Herrn Hepp beteiligt ist. Nachdem die Reichsregierung sich den Agrariern willfährig gezeigt hat, ist die Preußenkoalition das wichtigste Hindernis für die Agrarier auf dem Wege zum Schutzoll. Sie zu stürzen und durch einen Bürgerblock in Preußen zu ersetzen, um auf dieser Grundlage den Bürgerblock im Reich zu schaffen, ist das nächste deutschnationale Ziel. Ein Mitglied der Deutschen Volkspartei, Herr Hepp, ist es, der für die Deutschnationalen den Vorstoß führt. In der „Deutschen Tageszeitung“ von heute morgen erklärt er:

„Es ist also ein politisches Ereignis allerersten Ranges, wenn bei der entscheidenden Abstimmung im Reichsrat Preußen seine Stimme gegen die Zollvorlage der Reichsregierung abgibt. Die Begründung, unter der durch den preussischen Vertreter diese Stimme abgegeben wurde, spricht nicht allzusehr für Landwirtschaftsfreundlichkeit, geschweige denn für eine weitschauende Agrarpolitik.“

## Sozialpreise.

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Auf meiner Wanderung durch die Schwäbische Alb lehrte ich in einem landschaftlich prächtig gelegenen Städtchen in einem gemütlichen Gasthof ein. Mit der Verpflegung war ich recht zufrieden. Aber eins mißfiel mir. Der Wirt wollte mir mit aller Gewalt einen Tittel verteilen, obwohl ich nicht das geringste Recht hatte, einen zu führen. Als ich den Doktor- und den Professortitel höflich, aber bestimmt abgelehnt hatte, versuchte er es mit den Anreden „Herr Abgeordneter“ — ich hatte nämlich einen Pack Zeitungen in der Tasche und war mit einem anderen Gast in ein politisches Gespräch geraten — „Herr Direktor“ und sogar mit „Herr Domptopfan“. Diese letzte Anrede war mir denn doch zu stark; und ich sagte: „Mein Herr, wenn wir gute Freunde bleiben wollen, dann nennen Sie mich einfach „Herr Müller“! Bringen Sie das aber nicht fertig, dann gehe ich auf der Stelle ins Rüssel!“

Diese Drohung mit der Konkurrenz half. Der Wirt sagte: „Ganz wie Sie wünschen, Herr Do...“ ich wollte sagen: Herr Müller! Wünschen Sie noch ein Bier, Herr Pro...“ Verzeihung, Herr Müller?“

Andere Fremde waren nicht so hiesfeindlich wie ich. Einer künftete sich als „Herr Direktor“ sehr geschmeichelt. Ein anderer stieg lediglich seines Klemmers wegen nach dem zweiten Viertel Wein, das er trank, vom Doktor zum Professor. Ein dritter Gast ließ sich ohne Widerspruch einen Kulturasseffor nennen, obwohl er gar nicht wußte, daß diese Amisbezeichnung manche Forstbeamte führen!

Alle drei mochten bei sich gedacht haben: „Auf einen Abend kann man schon so einen volltönenden Titel unbeschädigt führen. Es kostet ja nichts!“

Waren diese Titel wirklich umsonst?

Die drei Herren hatten genau dasselbe Nachessen wie ich. Während aber der Wirt mir 30 Pf. abverlangt hatte, mußte der „Herr Kulturasseffor“ 90 Pf. dafür bezahlen, der „Herr Professor“ und der „Herr Direktor“ 1 M.

Am nächsten Tage, als die „hohen Herrschaften“ schon längst über alle Berge waren, fragte ich den Wirt nach dem Grunde für diese „Preispolitik“. Es wurde mir folgende Antwort: „Doch ich halt so. An dem Essen verdient unsersins halt nüt viel. Und da hob ich die Preise halt sozial gelassen. Sie verstehen mich doch? A Doktor oder a Professor oder a Direktor kann doch ruhig mehr bezahlen als ein — entschuldigen Sie! — gewöhnlicher Herr Müller! Reine Sie doch nüt a?“

Ich war wie aus den Wolken gefallen. Als ich mich aber von der Ueberzahlung erholte hatte, pflichtete ich dem Wirt bei, was ihn sichtlich freute.

Die „weitschauende Agrarpolitik“ des Reichslandbundes soll also den Deutnant abgeben für neue, von der Volkspartei ausgehende Krisenmacherei in Preußen. Diese „weitschauende Agrarpolitik“ ist in Wahrheit weitschauende Machtpolitik, die in den Fragen der agrarischen Verhältnisse überaus kurzichtig ist. Herr Hepp beruft sich in der Polemik gegen die preussische Regierungserklärung auf das Fortbestehen der „Schere“, der Spannung zwischen Agrarpreisen und Industrieerzeugnissen.

„Vielleicht ist dem Verfasser dieser Erklärung inzwischen bekannt geworden, daß die Hauptwierigkeiten dem Landwirt dadurch entstehen, daß die Preise für seine Erzeugnisse auch heute noch in einem höchst ungünstigen Verhältnis zu den Auslagen für seine Wirtschaft, Anschaffungspreisen für künstliche Düngemittel, Maschinen, Geräte usw. stehen.“

Nun ist die „Schere“ in den letzten beiden Monaten erheblich zusammengefallen, das Niveau der Agrarpreise hat sich dem Niveau der Industrieerzeugnisse angenähert. Diese Verhältnisse müßte durch den Schutzoll nicht verstärkt, sondern rückläufig gemacht werden. Die Einführung von Agrarzöllen würde das Verhältnis nicht ändern, sie würde auch die Preise von Industrieerzeugnissen in die Höhe treiben. Diese Aussicht, die der Meinung von Hepp geradezu widerspricht, ist in diesen Tagen vertreten worden von einem Organ, das der Volkspartei mindestens nahesteht, von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Am 12. August schrieb sie unter der Ueberschrift: „Die falsche Front der Landwirtschaft“, daß die Agrarzölle eine Verschärfung der Schere bewirken würden. Am 14. August verteidigte sie ihre Stellung gegen einen Kritiker mit folgenden Ausführungen:

„Bestritten wird die Verbilligungsmöglichkeit für Industrieerzeugnisse. Will der Verfasser etwa auch bestreiten, daß der Zollschuß verteuert? Das zu bestreiten hätte doch keinen Sinn. Gleichzeitig wird zugegeben, daß zunächst die Agrarzölle nicht wirksam werden können. Also besteht — zunächst wenigstens — die Behauptung zu Recht, daß die Schere geschärft wird: keine Hebung der Agrarpreise, wie der Verfasser zugibt, und Verteuerung der Industrieerzeugnisse, wie er nicht bestreiten kann.“

Zugegeben wird, daß die Agrarzölle zunächst nicht wirksam werden, gleichzeitig aber wird der beruhigende Einfluß der Agrarzölle für die Ernte 1924/25 gepriesen. Wie erklärt sich dieser Widerspruch? Was Beruhigung verschaffen könnte, wird ja gar nicht eintreten. Die Landwirtschaft aber wird in falsche Hoffnungen und zu falschen Dispositionen getrieben. Falsche Front!“

Man sieht, daß in der Deutschen Volkspartei die eine Seite die Argumente der anderen Seite als vollendeten Widerspruch erklärt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist aus Interesse ehrlich, sie zeigt darum die Schäden der agrarischen Propaganda. Sie zeigt damit aber auch, daß es dem Reichslandbund zunächst weniger auf den Zoll, als auf die damit verbundenen innerpolitischen Wirkungen ankommt. Herr Hepp erwartet eine Regierungskrise in Preußen:

„Noch vor kurzem hat der preussische Landwirtschaftsminister erklärt, daß er Anhänger der Zollvorlage sei. Man wird abwarten, ob für Preußen die Angelegenheit damit erledigt ist, oder ob so eventuelle Folgen für die preussischen Regierungsverhältnisse haben wird.“

In der Deutschen Volkspartei geht also wieder einmal alles auseinander. Die Partei scheidet in der preussischen Regierung — aber eines ihrer Mitglieder will diese Regierung stürzen. Der Bürgerblockgedanke erhält durch die Agitation der Brotwucherer neue Nahrung.

## Verbot kommunistischer Zeitungen.

Dresden, 15. August. (Eigener Drahtbericht.) Das Ministerium des Innern hat die drei kommunistischen Blätter Sachsen, den „Kämpfer“ in Chemnitz, „Das Volksblatt“ in Dresden und die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ in Leipzig sowie das nationalsozialistische Organ „Der Streiter“ in Zwickau wegen weisfacher Verstöße gegen die Verfügung des Reichspräsi-

den über den Ausnahmezustand bis zum 5. bzw. 10. September verboten. Die genannten Zeitungen hoben aus Anlaß des Verfassungstages die Reichsverfassung beschimpft oder zu ihrer gewaltsamen Beseitigung aufgefordert. Die heutigen Ausgaben der genannten Blätter wurden von der Polizei beschlagnahmt.

den über den Ausnahmezustand bis zum 5. bzw. 10. September verboten. Die genannten Zeitungen hoben aus Anlaß des Verfassungstages die Reichsverfassung beschimpft oder zu ihrer gewaltsamen Beseitigung aufgefordert. Die heutigen Ausgaben der genannten Blätter wurden von der Polizei beschlagnahmt.

Der Reichsminister des Innern hat am gestrigen Tage die „Rote Fahne“ auf die Dauer von drei Wochen verboten. Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt, und die im Verlog der „Roten Fahne“ erscheinenden Kopfblätter. Verboten ist auch die Zustellung eines Ersatzblattes an die Bezieger der „Roten Fahne“.

Die immer wieder erfolgenden Verbote kommunistischer Zeitungen mögen nach dem Wortlaut der zurzeit noch bestehenden Verordnungen über die Durchführung des zivilen Ausnahmezustandes juristisch begründet werden können. Politisch sind sie sicher eine Unklugheit. Es sollte überhaupt in diesem Zusammenhang die Frage erwogen werden, ob es nicht an der Zeit wäre, endlich alle Ausnahmemaßnahmen gänzlich aufzuheben. Mindestens den Kommunisten gegenüber sind sie absolut überflüssig geworden. Daß die Gerichte etwa nicht funktionieren, wenn es sich um die Befragung kommunistischer Vergehen handelt, wird niemand gut behaupten können. Die kommunistische Bewegung selber ist in einem offensichtlichen Rückgang begriffen. Alle Verbotmaßnahmen können in diesen Tagen nur dazu beitragen, diesen Rückgang aufzuhalten.

Außerdem muß auch aus allgemeinen Erwägungen darauf gedrängt werden, daß endlich mit der Praxis der Zeitungsverbote Schluss gemacht wird. Der Reichsverband der deutschen Presse hat sich mit Recht immer wieder gegen die generellen Zeitungsverbote gewandt und Sicherheiten zum Schutz der Zeitungen gegen Willkür verlangt. Wir glauben, daß der Staat auf diese Ausnahmemaßnahmen überhaupt verzichten kann und daß mindestens der bevorstehende Abschluß der Londoner Verhandlungen benutzt werden sollte, um mit diesem letzten Ueberbleibsel einer traurigen Zeit heftiger innerer Kämpfe ein für allemal aufzuräumen.

## Allein auf weiter Flur.

### Die Kommunisten im Dortmunder Rathaus.

Dortmund, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Der gestrigen Stadtverordnetenversammlung, zu der der kommunistische Stadtverordneten-Vorsteher gemäß § 42 der Städteordnung mit dem ausdrücklichen Hinweis eingeladen hatte, daß die Verkündung beschlußfähig sei, auch wenn nicht mehr als die Hälfte der Mitglieder erschienen sollte, waren die gekamerten bürgerlichen Parteien wiederum ferngeblieben. Nach einer stundenlangen Geschäftsordnungsdebatte traten die erschienenen Stadtverordneten in die Verhandlung der Tagesordnung ein. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion, die in dem Rumpfparlament über die Stimmenmehrheit verfügte, führte eine Beschlußfassung über die sämtlichen auf der Tagesordnung stehenden Anträge des Magistrats herbei. Ein großer Teil der gestellten Beschlüsse verstoß gegen das Gesetz und die „falsche Städteordnung“. Als der Vertreter des Magistrats wiederholt hierauf aufmerksam machte und darauf hinwies, daß der Magistrat derartigen Beschlüssen unter keinen Umständen beitreten könne, gab der Vertreter der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion die Erklärung ab, daß sie sich dessen bewußt seien, daß zahlreiche ungesetzliche Beschlüsse gefaßt würden und daß sie sich absichtlich zu Demonstrationen bei ihrer Beschlußfassung über Gesetz und Städteordnung hinwegsetzten. Da sich die sozialdemokratischen Vertreter und die Vertreter der Kriegs- und Arbeitsopfer dem im Laufe der Verhandlungen gemachten kommunistischen Vorschläge, die bürgerlichen Parteien bei der Befolgung der städtischen Kommissionen auszuschließen, nicht anschlossen, nahm die kommunistische Fraktion nunmehr die Wahl der wichtigsten Kommissionen vor und besetzte sie nur mit Angehörigen ihrer Fraktion. Die sozialdemokratische Fraktion und die Fraktion der Kriegs- und Arbeitsopfer, die darauf erklärten, daß sie sich an derartigen ungesetzlichen Beschlüssen nicht beteiligen könnten, verließen schließlich den Sitzungssaal. Die kommunistische Fraktion tagte dann allein weiter.

Rum ging es ans Zahlen. Meiner Rechnung — Nachtlager, Frühstück, Mittagessen und Getränke — betrug 3,85 M.

Ich sagte: „Jetzt werde ich auch einmal „sozial fasseln“. — Ich bin verheiratet, macht 30 Pf. Dann habe ich ein Büdel unter einem Jahr zu Hause, macht 25 Pf. Und schließlich wohne ich in Ortsklasse A, macht 10 Pf. Ist zusammen 85 Pf. Das von 3,85 M. weg macht gerade 3 M. hier ist das Geld!“

Ich sagte zu dem verdutzten Wirt noch: „Gott behüt' Sie!“ und schob zur Tür hinaus.

## Vom Schneewasser zum „Gefrorenen“.

In diesen heißen Sommertagen sehnt sich alles nach kühlen Getränken, und das Eis ist uns sowohl als Beigabe zu unserm Trank wie als Speiseeis eine wahre Labfal. Über Jahrtausende haben sich ohne diese Erquickung behelfen müssen oder haben vielmehr auf ihre Weise versucht, Kühlung in heißen Tagen zu bringen. Es konnten die Kinder Israels bereits das Mittel, den Schnee zur Kühlung der Getränke für den Sommer aufzubewahren, und ebenso verschafften sich die alten Griechen und Römer dadurch Erquickung in der Blut des Sommers, daß sie richtige Schneedeller anlegten.

Die Kunst der Eisergzeugung blieb dem Mittelalter im allgemeinen unbekannt. Erst aus dem Orient wurde gegen Ende des 16. Jahrhunderts die Kühlung der Getränke in Europa eingeführt. Reisende berichten davon aus der Türkei als einem großen Wunder. Danach besaßen der Sultan und die Paskas große Eisgruben, aus denen sie Eis zu hohen Preisen an die Bevölkerung verkauften. „Die Obstbänder“, erzählt 1587 der Deutsche Salomon Schweigger, „taufen im Sommer das Eis in der Größe von einem Viertel Loth Brot; damit kühlen sie ihren Trank, und wer Sorkett trinkt, der wirft einen Knollen Eis hinein oder er hat auch einen solchen Knollen im Munde, wenn er auf der Gasse geht, und saugen daran. Solche Eisgruben hat es viel um die Stadt Konstantinopel her.“ Nach diesem Vorbild wurden dann auch im Abendlande Eisfelder angelegt, zuerst in Italien. Unterdessen aber war die aufstrebende Naturwissenschaft auf den Gedanken gekommen, die Getränke dadurch abzukühlen, daß man sie in Wasser legte, worin Salpeter aufgelöst war. Ein Spanier, Blasius Villacarta, der 1550 als Arzt in Rom lebte, war der erste, der diese Erfindung bekannt machte. Die reichen Italiener künfteten auf diese Weise alle Getränke. Später verwendete man auch Steinsalze und andere Salze. Nun war nur noch ein Schritt zu der Erfindung, Schnee oder Eis mit Salpeter und anderen Salzen zu mischen und dadurch die Kälte so zu steigern, daß das in einem Gefäß in jene Mischung gestellte Wasser zu einem festen schäreren Eis friert. Erwähnt wird dieser Versuch zuerst 1607 von dem Neapeler Arzt Valinus Tanoreus. Bald aber erscheint die „Eismacherei“ in den Schriften vieler Naturforscher als eine naturwissenschaftliche Spielerei. Umlänglich erst hat die Kochkunst diesen Gedanken ausgenutzt und das „Gefrorene“ geschaffen. P. Coureau soll es gewesen sein, der ums Jahr 1800 Fruchtsäfte künstlich gefrieren ließ und so das Fruchteis schuf. Erst um die Mitte des 18. Jahrhunderts fand dann diese „große Erfindung der Kochkunst“ auch bei uns in Deutschland weite Verbreitung.

Galvanoplastische Mumien. Eine neue Methode, den menschlichen Körper für Tausende von Jahren vollkommen unversehrt zu erhalten, ist angeblich von einem amerikanischen Physiker Hugo Bernsdorf erfunden worden. Die Mumie des 20. Jahrhunderts, die die allgypthische noch weit übertrifft, wird auf galvanoplastischem Wege mit einer massigen Schicht von Kupfer, Silber oder Gold überzogen. Wie gelungene Versuche zeigen, die mit großen Fischen ausgeführt wurden, lassen sich die kleinsten Einzelheiten erhalten, jede Linie des Gesichts und des Gesichtsausdrucks, sogar die Haare. Der amerikanische Erfinder hat weitgehende Pläne. Er fordert, daß die berühmten Männer Amerikas auf diese Weise der Nachwelt erhalten werden. „Sie können in Glasgefäße gefüllt werden“, sagt er, „damit das Publikum sie genau betrachten und von ihrer Erscheinung einen lebendigen Eindruck gewinnen kann. Viele Familien, die sich ein teures Mitglied ihres Geschlechtes erhalten wollen, bekommen auf diese Weise einen kostbaren Schatz, der viel einträglicher ist als das beste Porträt. Wenn man außer der Mumie sich auch noch Grammophonplatten der Stimme und cinematographische Aufnahmen des Alltagslebens verschafft, so kann man mit den Toten im engsten Zusammenhang bleiben und sie auch nach vielen Jahren sich noch so lebendig vor die Seele stellen, wie sie in ihrem Dasein erschienen.“

Die Vorstellung ist entsetzlich, daß die Leichen sich nun ihre Vorfahren aufkaufen und in den Salzen stellen. Kann dieses gierigste aller Wesen, der Mensch, sich nicht an der Gedanken gewöhnen, daß er ein Gast auf dieser Erde ist, bestimmt für immer zu verschwinden und anderen Raum zu machen? Friedrich Engels hat in diesem Sinne gehandelt, als er bestimmte, daß seine Leiche verbrannt und die Asche im Meer versenkt werde.

Für und wider den Bubentopf. Bleibt der Bubentopf oder verschwindet er? Das ist die große Frage, die heut so viele Wadengespäße beschäftigt, und auch unter den Modeschöpfern ist ein grimmiger Kampf über Wert und Unwert des kurzgeschneitten Frauenhaares entbrannt. Die Verteidiger des Bubentopfes haben in einer Umfrage die kürzlich ein Londoner Blatt veranstaltete, folgende Worte für ihn angeführt: „Der Bubentopf offenbart die natürliche Schönheit der Kopfhaut; er befördert das Wachstum des Haares; er ist viel bequemer und macht das Frisieren leichter; er steht Frauen aller Altersklassen.“ Die Gegner bringen zwei Hauptgründe wider den Bubentopf vor: „Er ist für Gesellschaften nicht geeignet und paßt nicht zur großen Toilette; er ist für die Frau zu männlich.“ Die Friseur scheinen auch ihren Antworten für den Bubentopf eintreten zu wollen; sie müssen dabei also wohl besser auf ihre Rechnung kommen. Die Mode hat ihnen zahlreiche Kundinnen zugeführt. Dagegen sind die Fabrikanten von Kämmen und Haarnadeln die Leidtragenden. Unter den Frauen sind es hauptsächlich die, die über keinen sehr reichen Haarcouch verfügen oder denen die Haare ausgehen, welche für die Beibehaltung des kurzgeschneitten Haares eintreten.

Die „Berliner Abend“ haben sich mit dem Märkischen Landestheater zusammengetan und werden von der kommenden Spielzeit ab Opern, Konzerte und Vorträge auch in den Städten der Provinz veranstalten.



# Lindströms Parteitag.

## Die „Bewegung“ zur Partei versumpft.

Die zur „Nationalsozialistischen Freiheitspartei“ verschmolzenen Nationalsozialistischen Hilters und Deutschvölkischen Gräfe-Wullescher Färbung halten am Sonntag ihren ersten Parteitag ab, und zwar am Geburtsort der republikanischen Reichsverfassung, in Weimar. So konfus wie die ganze vermeintliche „Weltanschauung“ dieser Krier von Wolans Gnaden, so gibt sich auch der „Armeebefehl“, der in Fettdruck an der Spitze des völkischen Hauptblattes zu lesen ist:

„Aus unserer Verklaffung und Verelendung, aus unserer seelischen Not und unserer Zerrissenheit heraus, regt sich in gewaltigem Drange deutsches Blut und deutscher Geist, der Lebens-, Macht- und Freiheitswille des deutschen Volkes, die Sehnsucht nach einem geeinten, wehrhaften und wirtschaftlich gesunden Großdeutschland, reich an Ehre und Ruhm und doch ein Hort des Friedens. Die Tagung, über die Einzelheiten schon bekannt gegeben sind, will dies zusammenfassen.“

Die Reichsführerschaft.  
von Gräfe, Ludendorff, Strasser.

Was sich an Hochverrätern völkischer Art nur finden läßt, hat sich in der sozusagen Festnummer des „Deutschen Tageblatt“ zusammengefunden, um dem Parteitag noch eine „Bewegung“ vorzutauschen. Albrecht v. Gräfe bemüht sich, nachzuweisen, daß die Nationalsozialistische Partei doch noch imstande sei, „Ulljudas Uebermut zuzuschanden zu machen“.

Einmal zog allerdings die Heiden in den Streit unter dem Rufe „Nieder mit dem Parlamentarismus“. Damals wollten sie keine parlamentarische Partei, sondern nur eine „Bewegung“ sein. Heute, da sie in fast allen Parlamenten vertreten sind und ihre Abgeordneten mit Seelenruhe die Diäten einstecken, heute versichert einer ihrer Erleuchtesten, Herr Poehner, daß er nicht einmal mit seiner Pension und den Diäten gemeinam auskommen könne und deshalb sich eine andere Existenz gründen müsse.

Wie haben diese keuschen Barden noch vor kurzem gezetert über die Parlamentarier, die ihre Diäten um der Diäten willen in Anspruch nahmen! Wie haben sie gescholten über ein System, das den gewählten Abgeordneten durch Gewährung von Aufwandsentschädigungen das Leben am Siege des Parlaments ermöglichen! Heute sind sie selber der Sünde bloß und bedauern nur, daß die Aufwandsentschädigung nicht so hoch ist, daß sie davon ein völlig arbeitsloses und bequemes Leben zu führen imstande seien. Die „Bewegung“ ist also außerordentlich schnell zu einer parlamentarischen Partei versumpft und alle Versuche, sie wieder aufzupumpen, bedeuten nichts anderes, als den Anhängern Sand in die Augen zu streuen.

Das gleiche gilt von den trampfhafte Bemühungen, auch die Arbeiter für diese neue Partei einzufangen. Der Herr diätenbegnadete Reichstagsabgeordnete Hans Sieler, Redakteur am „Deutschen Tageblatt“, hält es für notwendig, sogar in einem großen Gedicht die „deutschen Arbeiter“ aufzurufen, mit Herrn Lindström an einem Strang zu ziehen:

„Doch bald kommt der Tag, wo mit eiserner Faust auch der letzte Schlag auf den Ambos faust, der Tag, da die Hakenkreuzbanner wehen, und wir wieder als Brüder zusammenkehren.“

Das muß allerdings ein seltsamer Tag sein, an dem der Agrarier v. Gräfe und Ludendorff-Lindström höchstselbst sich mit den Arbeitern verbrüdernd! Wie sagte doch der bayerische Landtagsabgeordnete Wiesenbacher von seiner völkischen Parlamentsfraktion?

„Wenn die Arbeiter einmal sehen würden, wie es dort zugeht, dann würden sie alle davonlaufen. Die Herren von der Intelligenz gewinnen keinen Arbeiter, auch wenn sie sich noch so sehr als Arbeitervertreter ausstellen.“

Man weiß also schon im voraus, was der Parteitag von Weimar den völkischen Gläubigen zu bieten vermag.

Wer sich übrigens des näheren über die Tätigkeit, die Theorien und Absichten der Nationalsozialisten unterrichten will, dem bietet die soeben im Verlage S. H. W. Dietz, Berlin, erschienene Schrift Paul Kampfmeyers „Der Nationalsozialismus und seine Götter“ ein ausgezeichnetes Material. Besonders macht Kampfmeyer auf die Umkehrung der ursprünglichen Theorie der Nationalsozialisten aufmerksam, wie sie im Laufe der Entwicklung zur Partei vor sich gegangen ist. Ein wesentlicher Programmpunkt war ursprünglich die „Beseitigung des arbeitslosen Einkommens“. Unzweifelhaft haben die oft fanatischen Ausfälle nationalsozialistischer Demagogen gegen den Kapitalismus gerade die proletarischen oder proletarisierten Anhänger Hitlers in Flammen gesetzt. Der eigentliche theoretische Kopf des Nationalsozialismus — weder Hitler noch Ludendorff — fan-

dern der Deutsch-Böhme Rudolf Jung, schlug auf dem sudetenländischen Parteitag der Nationalsozialisten eine Resolution vor, in der es heißt: „Die Deutsche Nationalsozialistische Partei erklärt, daß sie sich zum Klassenstandpunkt der schaffenden Arbeit bekemmt. Sie ist also eine Klassenpartei... Die Partei erklärt weiter, daß sie sich auf den Boden des Klassenkampfes stellt, insofern als darunter die Auseinandersetzung zwischen schaffender Arbeit und arbeitslosem Einkommen verstanden wird.“ Aber Jung wandte sich nicht nur gegen den „jüdischen Kapitalismus“, sondern auch gegen die Grundrente, die der Klasse der Großgrundbesitzer ein arbeitsloses Einkommen verschafft...

Diese ursprünglichen, zwar etwas verworrenen, aber doch im vollen Sinne des Wortes antikapitalistischen Theorien des Nationalsozialismus sind durch die programmatischen „Richtlinien“ der Gräfe-Partei völlig beseitigt. Die Agrarier, die jetzt an der Spitze stehen, denken selbstverständlich nicht daran, ihr arbeitsloses Einkommen von irgendwelchen „Arbeiterbrüdern“ beseitigen zu lassen. Die Lindströme werden also in Weimar zwar noch große Töne reden, aber sie werden keine Gefahr mehr für den Kapitalismus sein. Auf die Dauer nicht einmal mehr für den „deutschen Geist“, den sie immer dann anrufen, wenn ihnen der eigene ausgeht!

## Teutscher Hilseruf!

### Rettet völkische Jünglinge aus Judenhänden!

Im „Deutschen War“, einem Blatte der Nationalsozialisten, finden wir in Nummer 35 folgendes Inserat:

Wer rettet zwei junge, echt völkische Handlungsgesellen aus Judenhänden und leiht ihnen 1300 Goldmark auf zinslos 1 Jahr gegen monatliche Rückzahlung von 100 Goldmark? Auf Wunsch können prima Bürgen beigebracht werden. Angebote werden unter „Not“ an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Wie, bei allen Götern Wohlwollens, was es nur möglich, daß diese „echt völkischen Jünglinge“ und Handlungsgesellen in „Judenhänden“ geraten? Sollten die auf einen großen arischen Pump ausziehenden Reibhüligen am Ende gar Handlungsgesellen bei einer jüdischen Firma gewesen sein und dort 1300 vaterländische Goldmark zu viel „eingekommen“ haben? Wollten sie deshalb aus den Judenhänden gerettet werden?

Die edlen Seelen werden vorgebens auf nationale Hilfe warten. Denn gegen „völkische prima Bürgen“ boogt ihnen kein Hakenkreuzler einen roten Heller.

## Ehrhardt-Jünger als Mörder.

Das große Schöffengericht zu Lüneburg verurteilte den ehemaligen Ehrhardt-Soldaten Walter Koh wegen schweren Raubes und Körperverletzung zu neun Jahren Zuchthaus. Koh, der seinerzeit zu den Baltikumtruppen gehörte, war eine Zeitlang Selbstschutzmann in Oberschlesien und landete schließlich bei der verüchtigten Ehrhardt-Brigade. Mit dieser zog er ins Munsterlager, wo Offizier und Mannschaften einen lebhaften Handel mit im Baltikum requirierten Pferden trieben.

Mit einigen anderen Kompliten von ähnlichem Kaliber lockte Koh brieflich einen Hamburger Pferdehändler in die Nähe des Munsterlagers. In einem Walde sollte das „Geschäft“ dieser vorbildlichen Elemente vor sich gehen. Der Handel wurde in der Weise abgeschlossen, daß die drei Soldaten den Hamburger Händler von hinten mit einer Eihandgranate niederschlugen und ihm seine Barlast in Höhe von 3600 M. raubten. Pferde hatten die Biedermänner nicht erst mitgebracht. Alle drei wurden jedoch bald verhaftet. Während der eine bereits vor drei Jahren abgerichtet wurde und dem zweiten nichts Bestimmtes nachgewiesen werden konnte, gelang es dem schwerbeschudigten Koh zu entkommen und über zweiundeneinhalb Jahr in Berlin unterzutauschen. Dort wurde er schließlich erwirkt, worauf er jetzt endlich abgerichtet werden konnte.

Ein anderer Ehrhardt-Jünger lieferte nach den „Bremer Nachrichten“ in dem unweit Bremen gelegenen Dorfe Uplhusen aus politischem Hass eine Weiserlescheri, die mit dem Tode eines Arbeiters endete. Eine Anzahl junger Leute kehrte in Uplhusen von einem Bampionfest heim. Eine Gruppe von ihnen sang das berüchtigte „Hakenkreuz am Stahlhelm“. Ein junger Arbeiter, der mit seinen beiden Schwestern hinter den Sängern ging, soll sich mißbilligend über diese Eingerei gelehert und das Deutschlandlied angestimmt haben. Aus der vorderen Gruppe drehte sich nun ein einundzwanzigjähriger Bauernsohn um, setzte dem Arbeiter Messerische in Brust und Hals, was zur Folge hatte, daß der Ueberfallene auf der Stelle verblutete. Der Mörder wurde am anderen Morgen aus dem Bort herous verhaftet, wobei er angab, bei der Tat sinlos betrunken gewesen zu sein!

## Hundertjahrfeier der Gärtnerlehranstalt.

Bei trübem, abgekühltem Wetter öffnete heute früh die Dahnemer Gärtnerlehranstalt ihre Pforten den geladenen Gästen und den aus allen Gauen herbeigekommenen Hörern, um in festlicher Weise die hundertste Wiederkehr des Tages zu begehen, an dem sie in Potsdam ins Leben trat. Der verdiente Vordirektor Lemme war es, der die damals „Königliche“ Gärtnerlehranstalt in Verbindung mit der Landesbaumgärtenschule in Alt-Gestow erwarb. In Schöneberg, in Potsdam und auf der Hohenstein war sie untergebracht, später konzentrierte sie sich in Potsdam, wo sie in Wildpark eine Stätte fand. Als Dahnem aufgestellt und besiedelt wurde, führte man die inzwischen von großer Bedeutung gelangte Anstalt dorthin über — 1903 —, wo ihr 50 Morgen Land, Behegebäude für die theoretischen Fächer und Gewächshäuser zur Verfügung gestellt wurden.

Die eigentliche Feier beschränkt sich vernünftigerweise auf den heutigen Tag, der bereits um 8 Uhr eine Befähigung der Redeviere und der Ausstellung der Hörerarbeiten brachte. Um 10 Uhr begann die eigentliche Feier, der Musikkorps (Boethoven, Weber, Wagner) einen himmelstürmenden Karmen schufen. Die Ansprache des Anstaltsdirektors Dr. C. Kästner gedachte der Entwicklung in dem abgelaufenen Jahrhundert und der Männer, die ihr reiches Wissen und ihre Tapferkeit in den Dienst der Anstalt gestellt hatten. Dann ergriff der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf das Wort, um der hohen Bedeutung der Anstalt Anerkennung zu zollen, die im Frieden und namentlich auch im Kriege Vorbildlich für die Ausbreitung gärtnerischer Kenntnisse in Hoch- und Ostpreußen gearbeitet hat. Als Anerkennung der bisherigen Leistungen hat die preussische Regierung der Anstalt 40 Morgen Land für Feldgemüsebau zur Verfügung gestellt und zudem ihr — gewissermaßen als Abschlagszahlung für eine baldige Erweiterung zur Hochschule — den Titel Lehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau verliehen. Auch durch Anerkennung absolvierter Semester der

Hörer durch die landwirtschaftliche Hochschule ist der weitere Aufstiege festgelegt. Reicher Beisatz wurde dem Minister zuteil, dem dann noch eine große Zahl Redner folgten, so Vertreter der landwirtschaftlichen Hochschule, der Stadt Berlin, des Botanischen Gartens, der Biologischen Reichsanstalt, der Hauptlandwirtschaftskammer, der Bienenbeimer Anstalt usw. — Die Ansprachen fanden in dem hinter dem Hauptgebäude gelegenen weiten Rekonstruktionsplatz, seiner Regen nähte von Zeit zu Zeit auf die ca. 1800 Teilnehmer herab, vermochte aber die frühlische Laune, diesem Fest der Arbeit beimohnen zu können, nicht zu stören.

An die Feier schloß sich die Enthüllung des Kriegerdenkmals für die sechzig gefallenen Hörer der Anstalt, die in würdiger Weise verlief. Das harte Geschäft, das so viele jugendliche Männer von der Stätte des Lernens rief und so große Trauer über die Angehörigen verhängte, ist nun für die kommenden Geschlechter dauernd festgehalten — möge ihnen daraus der Gedanke erwachsen, daß die Völkerveröhnung Aufgabe der Zukunft ist.

Anlässlich der Hundertjahrfeier wurden der Anstalt wertvolle Anwendungen gemacht. Vor allem ist zu nennen die von der Stadt Berlin erfolgte Ueberweisung von 74 Morgen Moorgründe bei Großbeeren zur Errichtung der 1. gärtnerischen Moorversuchsstation. Eine Gabe von nahezu 1000 Jtr. Kunstdünger, gestiftet von der Düngereindustrie, wird dort die besten Dienste tun.

## Die Werbearbeit in den kommunalen Betrieben.

In der gestrigen Verammlung aller sozialdemokratischen Arbeiter, Angestellten und Beamten des Bezirksamts Friedrichshagen referierte Genosse Schwanebeck über das Thema: Die Arbeit der Parteigenossen in den städtischen Betrieben und Verwaltungen. Der Redner erinnerte an das Resultat der Stadtverordnetenwahlen vom Oktober 1921. Durch die Vorsehung der städtischen Arbeitnehmer müssen wir uns nun mit einer bürgerlichen Mehrheit abfinden, die zu allem anderen fähig ist als zur Vertretung von Arbeitneh-

interessen. Wir haben aber aus der Vergangenheit gelernt und müssen dieses nachholen. Die Kommunisten haben schon früher erkannt, daß die städtischen Betriebe ein günstiger Agitationsboden sind. Auf Anweisung ihrer Zentrale haben sie die „Zellen“ gebildet. Aber auch das Bürgerium war nicht arbeitslos. Vor Jahresfrist haben sie verstanden, sich einen mitbestimmenden Einfluß zu sichern. Es ist das erstmal in der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, daß nun die christlichen Organisationen als gleichberechtigt neben den freigewerkschaftlichen stehen. Gegen diesen bürgerlichen Einfluß haben sich alle Sozialisten zu wehren. Jeder Betrieb muß einen politischen Vertrauensmann stellen. Es gibt, alle Funktionäre aus allen 20 Verwaltungsbezirken zusammenzufassen. Bis zur Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung ist es keine Ewigkeit mehr. Die Werbearbeit muß jetzt sofort beginnen, nicht erst vier Wochen vor den Wahlen. Jeder städtische Arbeitnehmer, ob Arbeiter, Angestellter oder Beamte, alle müssen an die Front. Es gilt, für sich selbst zu schaffen, wenn ein vernünftiger städtischer Arbeitgeber erstehen soll.

In der Aussprache unterstrich besonders Bürgermeister Genosse Rielly die Ausführungen und rechtfertigte seinen Standpunkt, die Allgemeinheit mit möglichst wenig unproduktiver Ausgaben zu belasten.

## Aus Mangel an Mitteln.

### Das Ende der Quäker-Studentenspeisungen.

Das Studentenbillswert der Quäker in Berlin stellte mit dem 15. August aus Mangel an weiteren Mitteln seine Tätigkeit ein. Schon bald nach dem Kriege haben die englischen und amerikanischen Quäker im Februar 1920 das Speisungswert Berliner Studierender in seinem Umfange begonnen, es aber bald soweit ausgebaut, daß schon im Juni täglich 1000 Studenten von ihnen gespeist wurden. Studenten aller Berliner Hochschulen (Universitäts-, Technische, Handels-, Tierärztliche, Landwirtschaftliche Hochschule, Kunstakademie, Hochschule für Musik, Akademie für Kirchen- und Schulmusik, Hochschule für Leibesübungen), gespeist wurde in den Räumen des Berliner Frauenvereins, Breitestraße, den akademischen Speisehallen Friedrichstr. 107, Vorfigstr. 5, Militärakademie (für Technische Hochschule) und bei Wisinger. Mancher der Gäste hat außer jöhremlanger täglicher Beföstigung noch beträchtliche Unterstützungen erhalten. Beihilfen an Geld (als Geschenk oder unverzinsbares Darlehen), Kleidung, Bücher und Papier und Aufenthalt in Krankenhäusern und Heimen zur Erholung sowie Reisen zu Studienzwecken ins Ausland. Die Quäker arbeiteten stets in naher Verbindung mit der Wirtschaftshilfe der Studentenschaft in Dresden und mit den Studentenausschüssen der Berliner Hochschulen. Die ausländischen Vertreter der „Gesellschaft der Freunde“ (Quäker) standen in naher Beziehung zu vielen Studenten. Manche Stunde der Arbeit und Freude mit ihnen wird vielen Studierenden in Erinnerung bleiben. Die sehr beliebte Miss Violet Tillard, ein ausopferndes, hilffreudiges Menschenkind, fand in Ruhland, wohin sie zu weiterer Hilfeleistung ging, ihren Tod in einer der Seuchenzeiten, die viele Menschen dahintraf. Die Quäker haben in wahrhaft bewundernswürdiger Neutatkraft allen Bedürftigen ihre Florian geöffnet. Neben dem jungen Kriegsgenossen, dem die geistige Einstellung der Quäker zum Kriege (viele Quäker haben in England und Amerika als Kriegsdienstverweigerer in Gefängnissen gesessen, und eine ganze Reihe aufrechter Männer ist hinter den Gittern gestorben) nicht fremd war, holte sich der Hakenkreuzoffizier mit dem Stahlhelmschild am Nack keine Speisemarle aus der Hand der ausländischen Helfer. Sie haben alles getan, was in ihren Kräften stand, den Sogner aus dem Kriege von dem Bewand des Jerrbildes grausamster Unmenschlichkeit zu entkenden, mit dem der Kriegshah ihn umhängt. Im Quäker-Studentenklub kamen allabendlich junge deutsche Menschen in naher Beziehung mit den Fremden, die ihnen keine Fremden mehr waren. Der Klub wird auch nach Eingehen der Speisungen der Dst bleiben, der allen Studenten offen steht zur Einkehr und Umschau bei Menschengender Lande, die keine Fremden sein möchten.

## Versuchter Vatemord.

Der 20 Jahre alte Kaufmann Edgar Löwenstein gab gestern abend im Verlaufe eines Streites auf seinen Vater in dessen Wohnung in der Kaiserallee 223 fünf Schüsse ab. Der Vater wurde glücklicherweise nicht verletzt. Der junge Löwenstein ist schon seit langem „das schwarze Schaf“ der Familie. Da er beständig mit seinen Eltern Streitigkeiten hat, wohnt er nicht zu Hause, sondern in der Nähe in einer Pension. Er bezieht von seinem Vater eine Unterstützung, die aber für keinen stotzen Lebenswandel nicht ausreicht. Gestern war er wieder in die Wohnung seines Vaters gekommen, um sich einen größeren Zuschuß zu holen. Der Vater weigerte sich aber diesmal zu zahlen und blieb fest. Der ungeratene Sohn geriet darüber in solche Wut, daß er einen Revolver zog und auf seinen Vater fünf Schüsse abgab. Dieser konnte im letzten Augenblick noch eine große schwere Daunendecke emporenheben und zwischen sich und den Schüssen halten. Alle fünf Kugeln blieben in der Decke stecken. Der Sohn entfernte sich dann aus der Wohnung und konnte später verhaftet werden. Er wird heute noch dem Untersuchungsrichter wegen versuchten Vatemords vorgeführt.

Verloren! Bei der Demonstration am Sonntag ist Genosse Braun, Chausseest. 28, Cuergest. III, von Kommunisten der misshandelt worden. Neben sonstigen Schäden vermißt er seine schwarze Lederbrieftasche mit erschöpflichen Geldern. Der christliche Finder wird gebeten, sie erst in der Redaktion abzugeben. Der Ueberfall ereignete sich da, wo Scholem sein „Refekt“ hielt.

## Ueberschwemmungen im Vogtland.

Eine Ueberschwemmungskatastrophe hat die Stadt Greiz und Umgebung betroffen. Die Elster stieg in wenigen Stunden um einen Meter und überschwemmte die ganze Umgebung. Die Gefahr kam so rasch, daß durch Sturmgetäud die freiwillige Feuerwehr und die Pflichtfeuerwehr alarmiert werden mußten. Zum Teil sind die Bahngleise Gera—Weischlitz unteripült, so daß auf dieser Strecke mit großer Vorsicht gefahren werden muß. Viele Betriebe stehen still. An den gefährdeten Stellen müssen die Wohnungen geräumt werden. Das Wasser wächst weiter und damit die Gefahr. — Der gestern abend nach 8 Uhr einsetzende wolkenbruchartige Regen, der die ganze Nacht anhielt, hat im ganzen Vogtlande und in den angrenzenden Gebieten Ueberschwemmungen verursacht, wie man sie seit 1889 nicht mehr beobachtet hat. Ueberall sind die Flüsse aus den Ufern getreten und die Wälder überschwemmt, so daß weite Seeflächen entstanden sind. Die Flüsse führten Gartenzäune, Baumstämme, Gesträuch usw. mit sich. In Pöauen ist an der Elsterbrücke die Gefahrenmarke B überschritten. Aus Pöauen und Trebens liegen Nachrichten vor, daß eine Anzahl Häuser dem Einsturz nahe sind. Viele Gebäude, namentlich Fabriken, stehen unter Wasser, so daß sie heute morgen nicht betreten werden konnten. Das Vieh mußte vielfach aus den Ställen geschafft werden. Menschenleben sind bisher nicht zu beklagen.

Bandenüberfall auf einen Güterzug. Aus Kalkisse wird gemeldet: In der Nacht haben 6 oder 7 maskierte Räuber den Güterzug von Krenz (?) überfallen. Sie hatten die Schienen gedst, so daß die Lokomotivräder nicht mehr eintraffen und der Zug langsam fuhr. Mit dem Revolver in der Hand drangen sie in den Begleitwagen und pflünderten den Beamten Paul, dem sie 330 000 Frank, 95 000 in bar und 235 000 in Schecks, abzahmen.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind zu richten an den Bezirkssekretariat, Berlin G.M. 68, Lindenstraße 2, 2. u. 2. Trepp. rechts, zu richten.

Junger Sozialist Schöneberg. Freitag, den 15. August, abends 8 Uhr, wieder im Jugendheim, Feurigstr. 7, Zimmer 7. Diskussionsabend.



# Gewerkschaftsbewegung

## Um das Streikrecht der Beamten.

Das Reichsverkehrsministerium bemüht sich seit dem 30. Dezember 1922, eine Aenderung der Satzung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter E. B. herbeizuführen. Der Grund ist folgender: Das Reichsdisciplinargericht in Leipzig hat in der Begründung zu einem Urteil gegen die an dem Februarstreit der Reichsgewerkschaft beteiligten Beamten zum Ausdruck gebracht, daß die Angehörigen sich in dem Glauben befunden haben können, es bestehe ein Streikrecht der Beamten. Der Polizeipräsident von Berlin habe die Satzung der Reichsgewerkschaft urteilsfähig geachtet, ebenso sei dem Reichsverkehrsminister bekannt gewesen, daß der § 2 der Satzung die Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel vorsehe. Da nun die Reichsregierung durch wiederholte Ausgebungen zum Ausdruck gebracht habe, daß sie ein Streikrecht der Beamten nicht anerkennen könne, glaube das Reichsverkehrsministerium, diesem Standpunkt durch eine Satzungsaenderung Geltung verschaffen zu müssen, die in künftigen Zeiten die Berufung eines Disciplinargerichts auf die Satzung ausschließt. Der mit dem Reichsverkehrsministerium im Laufe der darauffolgenden Monate geführte Schriftwechsel vermachte eine Klärung nicht zu bringen, weil der Auffassung des Reichsverkehrsministers die grundsätzliche Auffassung der Gewerkschaften gegenüberstand. Durch mündliche Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsminister dieser wurde schließlich festgestellt, daß das Reichsverkehrsministerium nicht die Absicht habe, die grundsätzliche Auffassung der Gewerkschaften zur Frage der Koalitionsfreiheit bzw. der Dienstverweigerung der Beamten zu erschüttern, sondern lediglich die Stellung der Reichsregierung zu dieser Frage allen Eisenbahnbeamten zur Kenntnis bringen wolle. Der Reichsverkehrsminister betonte ausdrücklich, daß die Stellung der Reichsregierung allen Reichsbahnbeamten zur Kenntnis gebracht werden müsse, um bei späteren Dienstverweigerungen den Hinweis der Gerichte auszuschalten, daß die Beamten in gutem Glauben gehandelt hätten. Der Reichsverkehrsminister glaubte deshalb, daß die Stellung der Reichsregierung am zweckmäßigsten den gewerkschaftlich organisierten Reichsbahnbeamten in der Satzung an irgendeiner Stelle bekanntzugeben sei. Nachdem die Gewerkschaftsvertreter die Erklärung des Reichsverkehrsministers zur Kenntnis genommen und ausdrücklich festgestellt hatten, daß hier Auffassung gegen Auffassung stehe und von einer Seite der Versuch einer Beeinflussung unternommen werden würde, war der Weg frei zu einer Verständigung, wie sie nunmehr in Aussicht genommen ist.

Danach erklärte sich der Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter unter voller Wahrung seiner grundsätzlichen Stellungnahme zum Streikrecht der Beamten bereit, seinem erweiterten Vorstand den Vorschlag zu unterbreiten, in der § 2 seiner Satzung das Wort „verfassungsmäßigen“ einzuschalten, so daß der erste Absatz des Paragraphen künftig lautet: „Die Reichsgewerkschaft bezweckt unter Anwendung aller verfassungsmäßigen gewerkschaftlichen Mittel usw.“ Außerdem soll hinter der Satzung, evtl. auf dem Schlußblatt, die abweichende Stellung der Reichsregierung durch folgende Anmerkung bekanntgegeben werden: „Die Reichsregierung hat in wiederholten Erklärungen ein Streikrecht der Beamten verneint, die höchstgerichtliche Rechtsprechung hat bisher denselben Standpunkt eingenommen.“

Die vorstehend gekennzeichnete Verständigungsformel läßt gar keinen Zweifel darüber bestehen, daß in der Frage der Koalitionsfreiheit bzw. der Dienstverweigerung der Beamten die grundsätzliche Auffassung der Organisations in keiner Weise geändert worden ist. Es wird lediglich die Selbstverständlichkeit ausgesprochen, daß die Reichsgewerkschaft auf dem Boden der Reichsverfassung

steht und ferner die Tatsache festgestellt, daß die Reichsregierung in der Frage des Streikrechts der Beamten einen von der Reichsgewerkschaft abweichenden Standpunkt vertritt.

## Der Streik bei der Schebera, Tempelhof.

Am 14. Juni erhielt der Arbeiterrat der Firma Schebera ein Schreiben, worin eine sofortige Kürzung der gesamten Akkorde „um wenigstens 25 Proz.“ in der Stellmacherei und Kostmacherei um 30 Proz. ab morgen“ angefordert wurde.

„Nur zu diesen Bedingungen kann die Arbeit am Montag wieder aufgenommen werden. Unter keinen Umständen würden wir uns damit einverstanden erklären, daß etwa, wie in einer Mitteilung in den Monaten Oktober bis Dezember geschehen, wieder in Lohn gearbeitet wird. Es dürfte Ihnen wie auch dem Gesamtbetriebsrat erinnerlich sein, daß wir im Januar die sämtlichen Akkorde schon um mehr als diese 25 Proz. niedriger gesetzt haben, um überhaupt konkurrenzfähig zu sein.“

In der Wiederaufnahme der Arbeit zu diesen Bedingungen erblickten wir das reflexlose Einverständnis der gesamten Belegschaft zu dieser unserer Maßnahme.“

Unter den von der Firma Schebera angeführten Bedingungen war es der Belegschaft (530 Personen stark) nicht möglich, wenn sie nicht bedingungslos sich dem Diktat der Firma unterwerfen wollte, die Arbeit am 16. Juni wieder aufzunehmen. Da die Mitteilung erst kurz vor Arbeitsbeginn an den Betriebsobmann ergangen war, war auch eine Verhandlung am 14. Juni nicht mehr möglich. Am Montag, den 16. Juni, wurde die Arbeit nicht aufgenommen und die gesamte Belegschaft nahm zu dem Angebot Stellung.

Nach einigen Tagen bemühte sich der Gewerberat Körner als Vorsitzender des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin, die Parteien zusammenzubringen, um die Streitfrage zu regeln. In der ersten Verhandlung erschien ein Vertreter der Firma, der jedoch nicht bevollmächtigt war, eine endgültige Zustimmung zu dem folgenden Vorschlag des Herrn Gewerberat Körner zu machen: 300 Personen sofort einzustellen und die noch übrig bleibenden in einem bestimmten Zeitraum.

Zum zweiten Termin war die Firma überhaupt nicht erschienen, hatte aber vordem die Erklärung abgegeben, daß die Streitfrage zentral geregelt werden sollte. Wiederholte Verhandlungen, die inzwischen geführt wurden, führten zu keinem Ergebnis. Es wurde nunmehr am 11. August die letzte Verhandlung geführt, in der die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer folgenden Vorschlag machte:

300 Facharbeiter sollen sofort eingestellt werden. Betriebsfremde dürfen nicht früher eingestellt werden, ehe nicht die noch draußen stehenden Arbeiter im Betriebe sind. Die Firma ging auf diesen Vorschlag nicht ein. Sie war unter keinen Umständen bereit, mehr als 250 Facharbeiter wieder einzustellen. Neueinstellungen nach Wiederaufnahme der Arbeit dürfen innerhalb sechs Wochen nicht vorgenommen werden. Die Arbeiter waren bereit, wenn die Firma alle noch übrig bleibenden Arbeiter, 380 an der Zahl, wieder einstellt, weniger als 48 Stunden die Woche zu arbeiten, evtl. 30 bis 36 Stunden. Dieses lehnte die Firma ab und dokumentierte damit, daß sie nicht gewillt ist, die im Kampf lebenden Arbeiter wieder einzustellen, sondern eine Auslese unter der früheren Belegschaft vorzunehmen.

Arbeiter Berlins, übt Solidarität mit Euren Arbeitsbrüdern, geht nicht auf den Beleg, laßt Euch nicht als Streikbrecher gebrauchen, denn was der Belegschaft angeboten wurde, kann Euch in den nächsten Wochen ebenfalls treffen.

## Betriebszeitungen.

Die RFD-Zentrale propagiert seit einiger Zeit die Herausgabe von Betriebszeitungen. In allen Betrieben mit über 100 Beschäftigten sollen solche Betriebszeitungen geschaffen werden. Die Idee ist nicht über, aber ist nur ihre kommunistische Ausführung. Die „Neue Fahne“ gab kürzlich voll und ganz einige Kostproben aus einer solchen Betriebszeitung, die als „Organ der produktiven Ar-

beiter — gibt es auch unproduktive Arbeiter oder sind nur die kommunistischen Arbeiter „produktive“ Arbeiter? — und Angehörigen des „Vorlig-Verkes“ in „Lege“ mit dem Titel: „Die Vorlig-Lokomotiven“ erstmals erschienen ist. Der ganze Inhalt dieser sogenannten Betriebszeitung legt sich zusammen aus persönlichen Angriffen gegen den Redakteur der „Vorlig-Zeitung“, Dr. Alfred Striemer, und kommunistischen Witzchen. Nun, wir wollen über Beschmaß mit den Kommunisten nicht streiten. Sie zeigen uns, wie eine solche Betriebszeitung nicht sein soll.

Unsere Genossen in den Betrieben aber könnten zeigen, daß solche Betriebszeitungen in den größeren Betrieben für die Belegschaften von Nutzen sein können. Durch sachliche Kritik vorhandener Mängel und Mißstände kann auf deren Abstellung hingewirkt werden. Es können Vorschläge zur Verbesserung dieser und jener Einrichtung für die Arbeiter an die rechte Stelle gebracht werden, Ueberriffe einzelner Werkbeamten gerügt werden, der Belegschaft die Unfallverhütungsvorschriften in Erinnerung gebracht, kommunistische Treibeieren gezeigelt, für die SPD-Fraktion geworben werden, kurzum solche Betriebszeitungen können in unseren Händen Gutes stiften. Sofern es nicht etwa schon geschehen sein sollte, wäre die Sache zunächst im Bezirksverband zu besprechen, den Vertretern der größeren Betriebe bezüglich der fachlichen Seite an die Hand zu geben und dafür zu sorgen, daß alsbald sozialdemokratische Betriebszeitungen herauskommen.

## „Nur etwa 300 Mann.“

Aus Bochum teilt die Gewerkschaft Herberd Steinbohlenbergwerke mit, daß sie infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise und Kreditnot, insbesondere wegen Abwärmangels im vorigen Monat gezwungen gewesen sei, erhebliche Einschränkungen des Betriebes vorzunehmen. Die anfängliche Absicht, von der 1180 Mann betragenden Belegschaft 600 zu entlassen, brauchte nicht zur Durchführung zu kommen. Es war nötig, nur etwa 300 Mann zu entlassen, so daß die Belegschaft noch heute über 800 Mann beträgt.

Eine glückliche Belegschaft, die nur den vierten Teil ihrer Belegschaft, nur etwa 300 Mann aufs Wasser werfen muß, anstatt die Hälfte! Und die 300 Mann?

## Der faschistische Bergarbeiterstreik.

Die CB. bringt aus Mailand folgende bezeichnende Meldung:

Die Bergleute des Val d'Arno haben die Fortsetzung des Streiks bis zum äußersten beschlossen. Das Direktorium der Faschistenpartei hat den Streikenden eine Unterstützung von 250 000 Lire bewilligt. Dieser Beschluß ruft in politischen Kreisen lebhafteste Kommentare hervor. Unter dem Druck keiner Gewerkschaften beginnt nämlich der Faschismus damit in der Arbeiterfrage eine neue Haltung anzunehmen. Bisher hatte er rückhaltlos die Industrie gegen die Arbeiter unterstützt, wogegen jetzt in gewissen Fällen das umgekehrte System befolgt werden soll.

Es ist begreiflich, daß „das umgekehrte System“ den Arbeitnehmern weniger behagt. Der Faschismus will es nach der Lehre in offenbarer mit anderen Methoden verfahren, die Gewerkschaften auf seine Seite zu bringen.

Im Hafen von Genua ist die Gewerkschaft der Handwerker, nämlich Sattler, Schreiner usw., in den Ausstand getreten, weil das Konfession der verprochenen Vergünstigungen nicht bewilligt haben soll. Der Hafenkommissar hat die 800 Streikenden vom Hafentorfortium ausschließen lassen.

Responsible für Politik: Groß Reich; Wirtschaft: Arno Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Felix; Kultur: Karl Lehmann; R. A. Böcher; Soziales und Sonstiges: Arno Salernus; Anzeigen: Dr. Gluck; Umlich in Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 2, Plaza 1, Berlin.

# Volkstümlicher Verkauf

## Kleiderstoffe

- Schotten und Streifen für Blusen und Kleider ..... Mtr. 95 Pt.
- Kleiderstoff 100 cm breit, heller Fond, mit römisch. Streifen, Mtr. 1 35
- Rockstoff 100 cm breit, Halbwolle, mit schönen Streifen, Mtr. 1 95
- Kleiderstreifen 100 cm breit, sparte Muster, Mtr. 2 05
- Wollcrêpe gestreift, elegante Kleiderware, Mtr. 3 25
- Cheviot 120 cm breit, glatte, reine Wolle Mtr. 4 99

Gabardine 150 cm breit, reine Wolle, in mod. Farben Mtr. 6 90

## Seide

- Schwarzer Taffet gute Qualität ..... Meter 1 95
- Satin de Chine reine Seide, in vielen Farben, Meter 2 90
- Damassé f. Jackenfutter, doppeltbreit ..... Meter 3 95
- Schwarzer Taffet gute Qualität, doppeltbreit, Meter 4 90

## Futterstoffe

- Jakonet gute Qualität, viele Farben ..... Meter 95 Pt.
- Satin 50 cm breit, in den neuesten Farben ..... Meter 1 65
- Satin 100 cm breit, bedruckt, sparte Muster ..... Meter 2 25

## Damen-Konfektion

- Hemd- u. Jump.-Blus. 1 05 2 65 in netter Ausführung
- Weisse Voileblusen 2 75 Best. beständig, guter Vollvolle
- Damen-Röcke 1 55 2 75 gute halbhare Stoffe
- Kleider Baumwollstoffe 3 25 4 75 Reibessa, dunkle Muster

## Verkauf sowohl Vorrat

- Kinder-Konfektion Kittelkleidchen f. 1-4 Jahre, 1 75 in Ripseleinen, besonders preiswert
- Mädchen-Faltenröcke 2 75 3 75 aus reinwollenem Cheviot

## Damen-Wäsche

- Untertailen m. vergesch. Stück, reich garniert, Stück 90 Pt. 1 45
- Hemd-Beinkleider 1 45 1 95
- Prinzessröcke mit schönen Stickereien, Stück 3 00 4 90

## Damen-Schürzen

- Wiener Schürzen aus gebildeten Stoffen ..... Stück 1 25
- Wiener Schürzen aus gestreift. Stoff, grosse Form, Stück 1 90

## Wäschestoffe

- Hemdentuch kräftige Qualität ..... Meter 65 Pt.
- Hemdenbarchent weiche Qualität ..... Meter 75 Pt.
- Linon 80 cm breit, für Bett- und Leihwäsche ..... Meter 75 Pt.
- Zephir ex. 80 cm breit, für Blusen und Oberhemden, Meter 78 Pt.
- Blusenflanell ca. 80 cm breit, mit feinen Streifen ..... Meter 85 Pt.

## Leinen

- Wischtücher Größe 45x65, rot kariert ..... Stück 38 Pt.
- Schlafdecken Größe 140x180 ..... Stück 2 75
- Kunstlederdecken 90x130, in modernen Blumennestern, St. 5 50

## Taschentücher

- Kinder-Taschentücher mit bedruckten Figuren, Stück 10 Pt.
- Kinder-Taschentücher mit Hochstaben ..... Stück 15 Pt.
- Linontücher Größe 80 cm, weiss ..... Stück 22 Pt.

## Mengenabgabe vorbehalten

## Herrn-Artikel

- Sportkragen Pique und Ferkel ..... 3 Stück 75 Pt.
- Seitständer offene Form, neuartige Muster und Streifen .. 95 Pt.
- Hosenträger Gummigart, mit Lederteilen ..... 95 Pt.
- Herrn-Filzhüte moderne Form ..... 3 50
- Oberhemden durchgeh. Ferkel mit Kragen und Klappmanschette 4 75

## Trikotagen

- Damen-Hemdchen weiss, gestrickt, ohne Arm ..... 90 Pt.
- Damen-Schlüpfer Baumwolle, farbig ..... 1 10
- Herrn-Hemden u. -Hosen nachschabig, alle Größen ..... 1 95
- Herrn-Hemden u. -Hosen normalschabig, alle Größen ..... 2 45
- Herrn-Garnituren Jacke und Sakkleid, weiss ..... 4 25

## Strumpfwaren

- Herrn-Socken Baumwolle, farbig ..... 48 Pt.
- Damen-Strümpfe Baumwolle, gewebt, schwarz ..... 58 Pt.
- Herrn-Socken Baumwolle farbig, mit Längstreifen ..... 75 Pt.
- Damen-Strümpfe Baumwolle, gewebt, schwarz und farbig ..... 78 Pt.
- Damen-Strümpfe Baumwolle, gew., schwarz u. farb. mit Doppelp. 90 Pt.

## Schuhwaren

- Turnschuhe mit Chromleder- sohle ..... Größe 27-33 1 65
- Damen-Umschlagschuhe Kamehaart, Filz u. Leder, 20-42 2 65
- Damen-Schnürschuhe weiss Leinen, mod. Formen, 20-40 2 75
- Sandalen braun Zinleder, mit blaugrauer Sohle ..... Größe 27-33 3 90
- Kinder-Stiefel schwarz, dauerhafte Verarbeitung, Gr. 27-30 4 75

## Gardinen und Decken

- Div. Handarbeiten von 10 Pt. an
- Etamin 150 cm breit, Meter 95 Pt.
- Gardinenstoff Mtr. 90 Pt. 1 10 1 30
- Halbstores 2 25 2 75 3 25
- Etamin ..... 4 00 6 75 9 75
- Künstlergarnitur 4 00 6 75 9 75
- Tischdecken gewebt ..... 6 75
- Bettdecken 2betig ..... 13 50

## Porzellan u. Steingut

- Kompotteller weiss, Porzellan ..... 6 Pt.
- Abendbrotteller weiss, Porzellan ..... 10 Pt.
- Tassen weiss, Porzellan ..... 10, 15 Pt.
- Bierbecher mit Mattband 15 Pt.
- Tassen mit Goldrand, gerippt, Porzellan ..... 28 Pt.
- 1 Satz Töpfe 8 Stück, mit Goldrand oder Dolzmuster ..... 1 75
- Kaffeesevice 6 Stg., 6 Pers., mit Goldrand, Porzellan ..... 4 75

## Wirtschaftsartikel

- Kaffeelöffel Aluminium 6, 10 Pt.
- Glasstrümpfe für Stab- und Hängelicht ..... 20 Pt.
- Müllschaufeln Emaille ..... 40, 50 Pt.
- Schmortöpfe Emaille ..... 65, 85 Pt. 1 10
- Kochtöpfe Email, m. Ring ..... 95 Pt. 1 25 1 45
- Giessekannen grün lackiert ..... 95 Pt. 1 45
- Wassereimer verzinkt ..... 1 10 1 35 1 65
- Frühstückskoffer mit Isoliertasche, kompl. 1 90
- Einkochapparate verzinkt, m. Thermom. 6 50

Frankfurter Allee

H E R M A N N





Betrunkene entschuldigt alles!

Zwei milde Gerichtsurteile.

Der Alkohol spielte eine große Rolle in zwei Gerichtsverfahren. Das eine war anhängig gegen die Brüder Paul und Otto Besh, die vom Amtsgericht Pantow wegen Widerstandes zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt worden waren.

Am 22. Januar war Otto Besh von der Strafkammer in Moabit von der Anklage des Diebstahls im Rückfalle freigesprochen worden, nachdem das Schöffengericht gegen ihn auf neun Monate Gefängnis erkannt hatte.

In dem zweiten Falle läßt die Trunkenheit in dem Hausdiener Alfred Hertert lange zurückgebrängte Rache- und Vergeltungsgedanken aus. Nach einer durchzechten Nacht erwachte bei ihm die Erinnerung, daß sein inzwischen schon zum Manne herangewachsener jüngerer Bruder einst von dem Lehrer B. eine Tracht Prügel erhalten hatte.

Wiedererstandenes Mittelalter.

In der Himmerstraße hatte eine Frau Ledermann eine Pension inne, die sich bei dem polizeilichen Zugriff als ein ganz gefährliches Kuppelquartier für salbisch veranlagte Kreise erwies.

zeugte. Die Kupplerin hatte für ihre unsittlichen Zwecke junge Mädchen verwendet und war wegen schwerer Stupperei gestern vor dem Schöffengericht Mitte angeklagt.

Wohin wende ich mich bei Gasgefahr?

Um im Falle von Gasgefahr, Gasausströmungen, Explosionen usw. Meldungen auf schnellstem Wege an die zuständige Abhilfsstelle leiten zu können, weist der Polizeipräsident auf folgendes hin: Gasgeruch bzw. Gasgefahrmeldungen nehmen familiäre Dienststellen der Gaswerke entgegen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postauslage bei.

Das Leichentrankehaus Buch geht in eine „Heilstätte“ umgewandelt. Neuaufnahmen von Kranken finden nicht mehr statt.

Wegen Spionage zugunsten Polens ist der Gärtner Martin Janas aus Birnbaum vom Reserverichter zu 5 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt worden.

Kaufhaus Tempelhof
Inh. Edmund Eilend
Berliner Straße 126

Straßenbahnlinien: 35, 98, 99, 109. Vom Bahnhof Mariendorf und Ringbahnhof Tempelhof in 10 Minuten zu erreichen

Billiger Kleiderstoff-Verkauf

Table with 3 columns: Kleiderstoffe, Selden und Samte, Kleiderstoffe. Lists various fabric types and prices like Schotten, Blusenstreifen, Cheviot, etc.

Aussteuer-Woche bei Singer & Co. Wir bringen in dieser Woche große Mengen Waren, welche durch gute Beschaffenheit und besondere Preiswürdigkeit für Brautausstattungen und Wohnungseinrichtungen vorzüglich geeignet sind.

Wäschestoffe: Wäschtuch, Madapolam, Linon, Deckbett-Linon, Weiss-Bettlafins, Haustuch, Bettzügen. Fertige Hauswäsche: Poliertücher, Gerstenkorn-Handtücher, Stubenhandtücher, Damasthandtücher, Damasservietten, Damasttischtücher, Rolltücher.

Gardinen: Künstlergardinen, Halbstores, Engl. Tüllgardinen, Madrasgarnituren, Scheibenschleier, Bettdecken, Gardinen-Etamine. Teppiche, Decken: Sofa-Teppiche, Salon-Teppiche, Brücken u. Vorlagen, Kochelleinen-Decken, Divandecken, Steppdecken, Schlafdecken.

Fertige Bettwäsche: Fertiges Oberbett, Kopfkissen, Oberbett, Kisseninlett, Linondeckbett, Bettlaken, Deckbett. Fertige Leibwäsche: Damenhemden, Damenbeinkleider, Garnituren, Damen-Unterröcke, Prinzessröcke, Damen-Untertailen, Slickereien.

Berlin N, Chausseestraße 61-62 (Ecke Liesenstraße) Untergrundbahnhof Schwartzkopffstr.



